

tung. Kein Bischof in den Niederlanden könne autokratisch handeln, da er eine Anzahl von Mitarbeitern habe, mit denen er alles bespreche. Er denke nicht daran, mit „harter Hand“ zu regieren; allerdings müsse ein Bischof manchmal konkrete Maßnahmen treffen. Als Bischof von Rotterdam habe er einmal jemanden entlassen müssen, aber das habe Kardinal Willebrands unlängst auch tun müssen.

Simonis faßt seine Absichten so zusammen: „Ich werde das tun, was ich 1970 versprochen habe, als ich Bischof wurde, nämlich den Glauben und die Disziplin, die Lehre der Kirche unverkürzt vertreten und verkünden ... Wenn Dinge vorkommen, die meiner Meinung nach nicht möglich sind, werde ich es sagen. Aber das habe ich immer getan.“ Im Gespräch mit „Il regno“ versuchte der neue Erzbischof die Eigenart seiner Amtsführung bildlich zu umschreiben und grenzte sich dabei gleichzeitig deutlich von seinen beiden *Vorgängern* ab: In der Periode Alfrink habe man dem Pferd die Sporen gegeben, unter Willebrands sei man auf dem Pferd sitzengeblieben und habe es zum Stehen gebracht, unter seiner Führung gehe es darum, das Pferd wieder zum Gehen zu bringen, aber mit gedrosseltem Tempo.

Simonis wird es schwer haben

Wie Erzbischof Simonis sein in den beiden Interviews umrissenes Programm in die Tat umsetzen wird, muß sich in den kommenden Monaten zeigen. Soviel läßt sich allerdings schon voraussagen: Simonis wird es trotz auch jetzt wieder ausdrücklich erklärter Gesprächsbereitschaft und trotz Absage an eine Politik der harten Hand *schwer haben*. Seine teilweise holzschnittartigen Äußerungen über Ursachen und Therapie der Krise der niederländischen Kirche zeigen, daß er vieles von dem mit einer Mischung aus Argwohn und Unverständnis betrachtet, was den holländischen Katholizismus der letzten zwanzig Jahre geprägt hat. Das dürfte das Gespräch mit vielen Geistlichen und aktiven Laien nicht erleichtern, von den Basis-

gemeinden ganz zu schweigen. Es fällt auf, daß Simonis in keinem der beiden Interviews ein gutes Wort für das im neueren niederländischen Katholizismus stark verwurzelte *Grundanliegen von Mitsprache und Mitverantwortung* der Gläubigen auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens findet. Die Dekane des Erzbistums Utrecht hatten ihren neuen Erzbischof in einer Zusammenkunft am 17. Dezember letzten Jahres eindringlich auf dieses Anliegen hingewiesen. Simonis scheint es in jedem Fall mehr darum zu tun zu sein, einen neuen festen Kern von überzeugten, in Glaube und Frömmigkeit festen Katholiken zu bilden als den kritischen Randsiedlern verschiedenster Provenienz nachzugehen.

Damit kommt eine Frage ins Spiel, die nicht nur für die spezielle niederländische Situation von Bedeutung ist, die sich aber gerade an den sehr direkten Äußerungen von Erzbischof Simonis gut festmachen läßt: Wie ist der unleugbaren Krise des kirchlichen und religiösen Lebens in den westeuropä-

ischen Industrieländern am besten beizukommen? Wie kann dem Schwund von Glaubenswissen und Frömmigkeitspraxis begegnet werden?

In der Therapie, die Simonis vertritt, verbindet sich eine gewisse Sehnsucht nach einer heilen katholischen Welt mit der Hoffnung auf einen *neuen Schub der Evangelisierung*, bei dem die kritische Auseinandersetzung mit Glaubensinhalten und kirchenamtlicher Autorität deutlich zurücktritt zugunsten einer neuen Kirchlichkeit und einer Überwindung des scheinbar übertriebenen Subjektivismus und Individualismus. Dieser Kurs hat – in verschiedenen Varianten – weit mehr prominente und auch weniger prominente Fürsprecher als den neuen Erzbischof von Utrecht. Ob er der richtige oder gar der einzig sinnvolle ist, ist hingegen noch längst nicht ausgemacht. Gerade deshalb kann man auf den Besuch des Papstes in den Niederlanden gespannt sein, den Erzbischof Simonis für den Mai 1985 angekündigt hat.

U. R.

Empfängnisverhütung: eine Datenerhebung

Daß kirchliche Moralregeln und Einstellung und Verhalten von Katholiken in Fragen der Empfängnisverhütung am weitesten auseinanderliegen, ist seit langem unbestritten. Dies war auch schon vor „*Humanae vitae*“ so, die Enzyklika Pauls VI. hat die Diskrepanz nur besonders offenkundig gemacht. Es gibt dazu auch Untersuchungen unter den verschiedensten Bevölkerungen, durchgeführt meist im Rahmen von Mehrzweckumfragen, die, wenn sie auch nur Hinweiswert haben, den deutlichen Sachverhalt erkennen lassen. Es gibt aber wenig einschlägige Feldstudien mit wirklich zuverlässigen Daten. Zu diesen wenigen gehört zweifellos eine von einer Arbeitsgruppe am Innsbrucker Universitätsinstitut für medizinische Biologie und Genetik (Leitung Prof. Kurt Loewit) durchgeführte Datenerhebung zu Fragen der Familienplanung unter der wahlberechtigten

Bevölkerung von Innsbruck Stadt und Land, in deren Rahmen auch *der Einfluß religiös-ethischer Faktoren* bzw. der kirchlichen Lehre über Empfängnisverhütung erfragt wurde.

Umfrage in einem überschaubaren Raum

Dieser Teil der Erhebung wurde um die Jahreswende in einem separaten Bericht vorgelegt. Obwohl man sich bei einzelnen Fragestellungen mehr *Präzision* gewünscht hätte, dürfte die Studie ein einigermaßen zutreffendes Bild zeichnen. Dieses erscheint deswegen besonders aussagekräftig, weil es sich um einen *überschaubaren Raum* mit einer jedenfalls konfessionell homogenen Bevölkerung handelt, in dem Kirche und katholische Tradition trotz allem (vornehmlich vom Fremdenverkehr bestimmten) sozialen Wandel noch stärker wirksam sind als

in fast jeder anderen Region Mitteleuropas. Auch wenn man für die religiöse Praxis daraus keine allzu eiligen Schlüsse ziehen sollte und das mit Tirol als einem „sprichwörtlich katholischen Land“ (Loewit) so eine Sache ist: In Innsbruck Stadt bekannten sich 8,9 als „sehr“ und 51,9 Prozent als „eher religiös“, (in Innsbruck Land 12,9 resp. 62,5 Prozent); in Innsbruck Stadt erklärten 26,7 „eher regelmäßig“ und 29,1 „gelegentlich“ einen Gottesdienst zu besuchen, in Innsbruck Land 39,6 resp. 32,7 Prozent. Und immerhin 24,2 Prozent erklärten in Innsbruck Stadt nie in die Kirche zu gehen, in Innsbruck Land hingegen nur 8,4 Prozent.

Als Ergebnis der Studie fällt dreierlei auf: Es gibt erstens durchaus einen Zusammenhang zwischen kirchlicher Bindung und Einstellung zur Empfängnisverhütung. Zweitens: der Anteil derer, die die Morallehre der Kirche in diesem Punkt vorbehaltlos bejahen, ist trotzdem verschwindend gering und läßt die Diskrepanz zwischen amtlicher Lehre und persönlicher Einstellung und Praxis auch bei Menschen mit starker Kirchenbindung erkennen. Und drittens ergeben sich Fragen an die kirchliche Lehrverkündigung, was sie u. U. auch an Ungewolltem bewirkt, wenn sie an der bisher üblichen kirchenamtlichen Entscheidung am Verbot „künstlicher“ Empfängnisverhütungsmethoden festhält bzw. wieder deutlicher dazu zurückkehrt.

Kirchliche Bindung hat durchaus Einfluß

Zum ersten: Es wäre völlig irrig, wollte man angesichts der Kluft zwischen kirchlicher Lehre und persönlichem Verhalten meinen, die kirchliche Bindung spiele für das Verhalten der Katholiken in dieser Frage überhaupt keine Rolle. *Kirchliche Bindung* hat durchaus einen Einfluß auf die Haltung zur kirchlichen Lehre in diesem Bereich, und zwar, statistisch gesehen, einen durchaus beträchtlichen. Von denen, die „eher regelmäßig“ den Gottesdienst besuchen, stimmen der kirchlichen Lehre in Innsbruck Stadt immerhin 20,7 und in Innsbruck Land

27,4 „gänzlich“ zu, während die „gänzlich“ Zustimmenden bei allen Kirchendistanzierten nur minimal vertreten sind und zwischen solchen mit gelegentlichem Gottesdienstbesuch (mit 4,5 in Innsbruck Stadt und 2,8 Prozent in Innsbruck Land), solchen, die nur an Festtagen zur Kirche gehen (mit 3,5 resp. 1,1 Prozent) und Nichtkirchgängern (mit 5,9 resp. 0,0 Prozent) *kaum Unterschiede* bestehen.

Dasselbe zeigt, eher noch ausgeprägter, wenn nicht nach der kirchlichen Praxis, sondern nach *subjektiver religiöser Selbsteinschätzung* gefragt wird. Von denen, die sich selbst als „sehr religiös“ bezeichnen, erklären sich 35,3 resp. 38,8 „gänzlich“ einverstanden, von denen, die sich für „eher religiös“ halten, rechnen sich zur Gruppe der voll Zustimmenden aber nur noch 8,6 resp. 10,2 Prozent, von den „wenig“ und Nichtreligiösen 9,3 resp. 2,1 Prozent, von den Religionsfeindlichen 0 Prozent. Auch der Prozentsatz der „teilweise“ Zustimmenden ist unter den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern mit 50,5 resp. 39,5 hoch, während die Ablehnenden in dieser Gruppe mit 20,0 resp. 22,9 Prozent erkennbar unterrepräsentiert sind.

Dennoch tendiert die Zustimmung gegen Null

Zum zweiten: Dieser Zusammenhang von kirchlicher Bindung und Einstellung zur kirchenamtlichen Lehre über Empfängnisverhütung ändert nichts daran, daß die ganz übergroße Mehrheit der Katholiken sich in einem offenen, völligen oder teilweisen Dissens zu katholischen Normvorgaben in diesem Punkt befindet. Nur 8,8 resp. 11,2 Prozent von allen Befragten melden gänzliche Zustimmung; 31,4 resp. 34,9 Prozent stimmen nur „teilweise“ zu. Der große Rest lehnt ab (43,1 resp. 41,2 Prozent) oder verhält sich (16,9 resp. 12,6 Prozent) gleichgültig. Ca. 90 Prozent aller Befragten, die in den Interviews antworteten, hatten also *Einwände* oder interessierten sich für den Standpunkt der Kirche nicht, wobei das *Gefälle zwischen Stadt und Land* wesentlich geringer ist als bei der kirchlichen Bindung.

Dieser niedrige Grad an Zustimmung hat nicht nur eine quantitative, sondern auch eine *qualitative* Seite, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zunächst fällt neben der stärkeren Kirchenbindung die spezifische Altersverteilung der Zustimmenden (bzw. Ablehnenden) auf: Von den gänzlich Zustimmenden waren in Innsbruck Stadt 57,3 und in Innsbruck Land 50,0 Prozent älter als 60. Bei den 18–45jährigen, die 53,5 resp. 55,8 Prozent aller Befragten ausmachten, sinkt der Anteil der „gänzlich“ Zustimmenden auf 5 Prozent und darunter.

Der Anteil der nur teilweise oder gar nicht Zustimmenden und der Gleichgültigen steigt in dieser unter dem Gesichtspunkt der Betroffenheit entscheidenden Altersgruppe auf 94 Prozent. Trotz eines katholischen Bevölkerungsanteils von 88,2 resp. 95,3 Prozent wird die kirchliche Lehre über die Empfängnisverhütung von 91,2 resp. 88,8 Prozent der Bevölkerung nicht oder nur teilweise angenommen. Selbst wenn dabei der geringe Anteil von Nichtkatholiken an der Gesamtbevölkerung berücksichtigt würde, änderte sich an den Proportionen so gut wie nichts. Bei den katholischen Männern der jüngsten Altersgruppe (der 18- bis 30jährigen) tendiert der Anteil der gänzlich Zustimmenden fast gegen null (1,8 resp. 1,6).

Der andere qualitative Aspekt betrifft die nur *teilweise* Zustimmenden. Diese Gruppe ist beträchtlich groß (31,3 resp. 34,9 Prozent); die Frauen sind in ihr signifikant stärker vertreten (34,0 resp. 38,4 Prozent aller befragten Frauen gegenüber 28,2 resp. 31,0 Prozent aller befragten Männer). Die Verteilung nach Altersstufen ergibt ein kaum so starkes bzw. abruptes Gefälle wie bei den gänzlich Zustimmenden (mit doch beachtlichen Unterschieden zwischen Stadt und Land. In Innsbruck Stadt stimmen von den über 60jährigen 34,6 Prozent teilweise zu, von den 45–60jährigen 43,4, von den 30–45jährigen 31,5, von den 18–30jährigen 19,1; für Innsbruck Land lauten die betreffenden Anteile: 27,8; 39,2; 44,3 und 25,4). Ähnliches ergibt ein Vergleich mit der Bildungsstruktur der befragten Bevöl-

kerung. Und auch die Verteilung der teilweise Zustimmenden nach ihrer kirchlichen bzw. religiösen Bindung bestätigt das gleiche Bild: der Anteil der teilweise Zustimmenden ist bei regelmäßigen, gelegentlichen und seltenen Kirchgängern fast gleich groß (zwischen 40 und 34 Prozent in Innsbruck Land), nur bei den Nichtkirchgängern sinkt er abrupt auf 6,1 Prozent ab. Es ist eine Schwäche der vorgelegten Untersuchung, die sehr interpretationsfähige Formulierung „Teilweise Zustimmung“ für die Befragten in keiner Weise aufgeschlüsselt zu haben. Eine präzisere Fragestellung in diesem Punkt wäre hilfreicher gewesen. So weiß man nicht, was in dieser Gruppe eigentlich abgelehnt wird (z.B. Stellungnahmen zu bestimmten Methoden oder das Sicheinlassen der Kirche auf die Methodenfrage überhaupt). Zwar wird auch hier ein Dissens artikuliert, aber offenbar handelt es sich bei vielen um keinen grundlegenden.

Eine ungute Situation könnte entblockiert werden

Zum dritten: Wichtiger als die Daten selbst sind die von ihr signalisierten möglichen Gefahren. Wenn 90 Prozent der Glieder der Kirche etwas an einer Lehre auszusetzen haben, die die Kirche selbst für wichtig hält, die sie den Gläubigen aber nicht plausibel erklären kann, dann versteht es sich von selbst, daß darin eine *Gefahr für die Glaubwürdigkeit* der Kirche liegt, die auch auf andere Bereiche der Lehre und des kirchlichen Lebens ausstrahlt. Der Verfasser der Studie, der die Befragten in ihrem medizinischen Wissen vermutlich damit überfordernd, auch detailliert nach der Zustimmung zu *einzelnen Methoden* bzw. nach ihrer Anwendung fragt, meint anhand der Umfrageergebnisse einen *eindeutigen Trend zu weniger sicheren Methoden* der Empfängnisverhütung gerade bei solchen feststellen zu können, die die kirchliche Lehre bejahen, und zwar gerade auch zu den unsicheren (z.B. Kalendermethode) unter den sog. natürlichen Methoden. Zum anderen meint Loewit bei den die kirchliche Lehre Ablehnenden eine ausgeprägte

Abneigung auch gegen die relativ sicheren natürlichen Methoden beobachten zu können. Das führt dann allerdings auch zur Frage, ob die Kirche sich durch ihr striktes Verbot „künstlicher“ Methoden nicht selbst im Wege ist, indem sie ein „emotionales Hindernis“ für die Verbreitung „natürlicher“ (sicherer) Methoden aufrichtet.

Diese Frage ist sicher auch von Bedeutung im Zusammenhang mit dem relativ hohen Anteil an nur teilweise Zustimmenden. Auch wenn davon auszugehen ist, daß die meisten von ihnen entschiedene Vorbehalte gegen

das Verbot „künstlicher“ Methoden haben, so drückt sich darin doch *keine grundsätzliche Ablehnung kirchlicher Morallehre*, auch nicht der kirchlichen Sexualmoral aus. Man kann es also auch so sehen: eine offene Diskussion des ganzen Problemkomplexes könnte hier wie dort festgerückte Positionen entblockieren und das Wesentliche an der kirchlichen Lehre wieder verständlich machen. Schon deswegen verdiente die Frage, ob die Kirche mit zu engen Festlegungen in Sachen Empfängnisverhütung nicht das Gegenteil von dem bewirkt, was sie will, weiter vertieft zu werden. D. S.

Französischer Schulstreit: Man spricht miteinander

Gibt es für die französische Links-Regierung wirklich nichts Wichtigeres, als ihre Regierungszeit mit einem anachronistisch anmutenden *Dauerstreit* über die freie, zumeist katholische Schule zu belasten? Außerhalb Frankreichs fällt es schwer, klarzumachen, wie es dazu kommen konnte, daß sich unser westlicher Nachbar derzeit einen Kampf sondergleichen in dieser Frage leistet, dessen Ende noch längst nicht in Sicht zu sein scheint.

Warum diese Eile?

Seit dem vergangenen Herbst hatte der Streit noch an Schärfe zugenommen, da Erziehungsminister *Alain Savary* nun auch aus den eigenen Reihen ins Schußfeld der Kritik geriet. Seine Vorschläge vom 19. Oktober 1983 (vgl. HK, Januar 1984, S. 8–10) dokumentierten einem Teil der Linken zu wenig den Willen, den Dualismus von öffentlicher und privater Schule zu überwinden. Seither steht die Politik der Regierung Mauroy vor der Schwierigkeit, weder die Laizisten in den eigenen Reihen über Gebühr zu verärgern, noch auch die Vertreter der Katholischen Schulen, die über erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen, allzusehr vor den Kopf zu stoßen.

Ein Jahr und einen Tag, nachdem er zum erstenmal mit Vorschlägen zur Schulreform an die Öffentlichkeit getreten war (vgl. HK März, 1983, S. 105–107), nannte Savary am 21. Dezember 1983 vor allem *vier Maßnahmen*, über die er in bilateralen Gesprächen mit Vertretern der beteiligten Gruppen sprechen wollte und die er mit Beginn des Schuljahres 1984/85 verwirklicht sehen möchte. Ein Teil von ihnen muß erst noch dem Parlament vorgelegt werden. Danach soll die Vergabe von Haushaltsmitteln an private und öffentliche Schulen einander angeglichen, die Beteiligung der verschiedenen Gebietskörperschaften an der Finanzierung der privaten Schulen und die Errichtung und Auflösung von Schulklassen neu geregelt sowie die Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen und privaten Schulen in neu zu schaffenden „Einrichtungen des öffentlichen Interesses“ (E.I.P.) institutionalisiert werden. Das Lehrpersonal soll die Möglichkeit erhalten, sich freiwillig als Beamte in die entsprechende Sparte des öffentlichen Schulwesens einzugliedern. Die katholischen Schulen reagieren hierauf etwas irritiert. *Bedenken* bestehen weiterhin vor allem in bezug auf die Festanstellung von Lehrern der Privatschulen im Rahmen des öffentli-